

Ein Blick auf das Wahlergebnis der Linken in Baden-Württemberg

Das Wahlergebnis der LINKEN in BW ist kein „Einbruch“, sondern spiegelt den Entwicklungsstand der Partei und die Verankerung im Land wider. Die Stimmenzahl wurde um knapp 20.000 auf 156.000 erhöht, was aber wegen der gestiegenen Wahlbeteiligung (70%) nicht im Prozentergebnis sichtbar wird. Das Ergebnis liegt in der Stimmenzahl über den Europawahlen von 2014, wo die Linke wegen der geringen Wahlbeteiligung von nur 51% 3,6% erreichte, blieb aber weit unter den Zahlen der Bundestagswahl (4,8%, 272.000 Stimmen). Ohne Rückenwind durch soziale Bewegungen und links-affine Konfliktfelder war eine weitere Steigerung schwer erreichbar, trotz sehr engagiertem Einsatz der Aktiven, dem erheblichen Einsatz von Promis und guter Beteiligung an Veranstaltungen. Zu beobachten waren

- Eine Verstärkung im Bereich der eher gebildeten (4% bei hoher Bildung, 1% bei niedriger Bildung!) und politisch bewussten Wähler (über 5% in Stuttgart, besonders SI, Freiburg 8,4%, Gewerkschaftsaktive) und eine positive Entwicklung bei den Jungwählern (hier erreichte die Linke 6%, die Zustimmung sinkt mit zunehmendem Alter auf 1% bei den über 60jährigen).
- Ein Rückgang bei Protestwählern in sozialen Brennpunkten, auch als Abwanderung Richtung AfD (Mannheim I Linke -0,7% auf 5,1%, AfD Direktmandat mit 23%). Die Linke hat mit ca. 22.000 – d.s. 79% der Verluste!- die relativ meisten Stimmen zur AfD verloren, die sich anschickt, die stärkste Partei bei Arbeitern (28% BW, 35 % Sachsen-Anhalt) und Arbeitslosen (30% in BW, 36 in ST) zu werden. Die Linke erreicht bei den Arbeitern genau den Landesschnitt und bei Arbeitslosen diesmal nur 6%. Sie läuft damit Gefahr, ihre soziale Funktion zu verlieren.
- Diffuse oder gegensätzliche Migrantenumilieus (Kurden-Türken, Kroaten-Muslime, ...) machten es sehr schwer, von diesen Gruppen in einem Umfang akzeptiert zu werden, der Einfluss auf das Wahlergebnis hat. Dies ist offenbar nur der AfD bei den „Russlanddeutschen“ gelungen (Direktmandat in Pforzheim in Wahlbezirk mit hohem Anteil dieser Gruppe).
- Die schwächelnde Verankerung im Bereich der industriellen Gewerkschaften konnte nicht ausgeglichen werden durch gewisse Zuwächse bei Aktiven im Bereich des öffentlichen Dienstes (GEW-landesdelegierte stimmten in einer Probeabstimmung mit 22,5% links). Bei den Gewerkschaftsmitgliedern hat die Linke zwar einen höheren Anteil als im Landesdurchschnitt, bleibt mit 4,5% aber noch unter der 5%-Hürde. Alarmierend ist, dass der Anteil der AfD-Wähler

unter den Gewerkschaftsmitgliedern mit 15,7% noch höher liegt als der Landesschnitt (15,1%).

2. Bewegungen

Die Linke konnte sich auf keine Bewegung stützen, bestenfalls die TTIPP-Bewegung konnte breiter mobilisieren, während die Friedensbewegung weiter stagniert und der S21-Protest nur lokal begrenzte Wirkung hatte.

Dagegen konnte die Rechte mit den Anti-Bildungsplan-Demonstrationen erstmals ein Bündnis von christlichen, CDU-nahen bis hin zu faschistischen Organisationen wie der NPD schaffen, in deren Mittelpunkt AfD-nahe Akteure standen. Hier bereitet sich ein neues rechtes Hegemonieprojekt vor, das eine Mehrheit rechts von der Mitte anstrebt. In großen Umfang gab es fast überall im Land Protestbewegungen gegen Standorte von Massenunterkünften für Flüchtlinge, die eine Stimmung förderten, die der AfD zu Gute kam.

3. Flüchtlinge

In der Linken wurde der Doppelcharakter der merkelschen Europapolitik wenig thematisiert, die sich nach außen als menschenfreundliche Flüchtlingspolitik verkaufte, im Kern aber eine neoliberale Öffnungspolitik ist, die die sozialen und politischen Kosten der Öffnung verschiebt an die Außengrenze des Schengen-Raums einerseits, in die sozial prekären Milieus andererseits.

Der linke Diskurs wurde dominiert durch „einen hilflosen Antirassismus der Phrase“ (Haug). Die zentrale Frage, ob eine Linke ignorieren kann, dass die Flüchtlingskrise auf dem Rücken und in den Regionen der sozial Schwachen ausgetragen wird und dass die Gefahr einer weiteren sozialen Spaltung besteht (Albrecht von Lucke, 8), wurde regelrecht tabuisiert.

Die Grünen wurden als Faschisten bezeichnet, Lafontaine und Wagenknecht sollten als Rassisten ausgeschlossen werden (so der Antrag des solid-Landessprechers). Der Rassismus-Vorwurf ersetzte die soziale Analyse. Zwar ist die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, die verfolgt werden, weiterhin groß, gleichzeitig sinkt aber die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, die in ihrem Heimatland keine Arbeit haben (von 41% Januar 15 auf 25% Januar 16). Eine zunehmende Konkurrenz gerade unter den Ärmsten (an den Tafeln, beim Betteln und in Wohnheimen) wurde zunehmend spürbar. Ohne die Bereitschaft, auch die Vermögenden stärker an der Finanzierung der Integration zu beteiligen, wird diese vor allem auf Kosten der Ärmsten und bisheriger Migrantengruppen gehen, die um schrumpfende Ressourcen konkurrieren: angefangen jetzt schon bei den Tafeln und den Unterbringungsmöglichkeiten der Gemeinden, fortgesetzt

bei Vorbereitungsklassen und den Finanzen der doch weitgehend alleingelassenen Gemeinden, die bereits zu Kürzungen gezwungen werden, hin zum Unterlaufen des Mindestlohns, Sozialabbau (Fabio De Masi, jW 17.3.) oder gar neuen Formen der Sklaverei (Zizek 46).

4. Verunsicherung

Die Stimmung in dieser Frage ist gekippt mit den Anschlägen von Paris und den Übergriffen von Köln. Seither wird die Zuwanderung zunehmend als „bedrohlich“ empfunden (knapp 60%). Hier hat sich bewahrheitet, was Erhard Eppler stets betont hat, dass nämlich gerade für die einfachen Menschen „soziale Sicherheit und innere Sicherheit zusammengehören“ (Links leben, 327). Zu Recht geht er davon aus, dass gerade angesichts der Verunsicherungen durch Terror und zerfallende Staaten diese Menschen umso stärker an einem schützenden Sozialstaat festhalten. Dass auch Kriminalität klassenspezifisch wirkt, d.h. Arme und Schwache weit stärker betrifft als Reiche, wird von Linken meist ignoriert. Es ist Aufgabe der Linken zu verhindern, dass die Rechte auch in Deutschland – wie schon teilweise in Frankreich oder Polen – das Feld der sozialen und öffentlichen Sicherheit besetzt und durch eine Mischung von Ordnungs- und paternalistischer Sozialpolitik die Arbeiterbewegung (also auch die Gewerkschaften!) herausdrängt.

5. Folgerungen

In der politischen Bildungsarbeit wird es nicht genügen, der AfD ihre Vorurteile vorzuhalten, der Kampf gegen rechts muss sozial unterfüttert werden, ist Klassenkampf. Zum einen wird die Flüchtlingskrise dazu missbraucht, den Sozialstaat weiter zu demontieren (Butterwege), zum anderen zeigt auch die Programmdiskussion der AfD eine eindeutige Spitze gegen sozialstaatliche Mindeststandards. Daher sollten wir die Kontakte mit den sozialen Akteuren, insbesondere den Gewerkschaften, verstärken. Es ist davon auszugehen, dass auch bei eher SPD-nahen Funktionären die Notwendigkeit einer Re-Politisierung der Gewerkschaften und einer Re-Vitalisierung der politischen Bildungsarbeit wieder stärker beachtet wird. In der Bildungsarbeit mit eher jungen Akteuren aus dem Spektrum der Antifa wird es auch darauf ankommen, über den platten Antifaschismus, der sich auf Etikettierung der AfD und Blockadeaktionen konzentriert, hinausgehen.

Wichtig ist die Arbeit an einem kohärenten (europäischen) Zukunftskonzept, das nationalstaatliche demokratische und soziale Standards weiterentwickelt und die Ängste, dass diese ausgehebelt werden, auffängt. Es ist erkennbar unehrlich, offene Grenzen zu fordern und sich gleichzeitig darauf zu verlassen, dass andere die Grenzen schließen. Eine humane Flüchtlingspolitik geht nur im Dialog mit den Menschen, ohne diesen Dialog läuft sie Gefahr, das Gegenteil von dem zu

bewirken, was sie will. Es gilt eine Diskussion zu führen über eine linke Einwanderungspolitik, die weder den Anspruch preisgibt, die Interessen der sozial Benachteiligten zu vertreten noch den Anspruch, politisch Verfolgte und Opfer von Kriegen Schutz zu gewähren.

Erhard Korn, Vorsitzender der RLS Baden-Württemberg

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Benjamin-Immanuel Hoff, Horst Kars, Andreas Stahl: Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 13.3.2016-Wahlnachbericht und erste Analyse (RLS)

DGB-Bundesvorstand: Auswertung der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt: 13. März 2016

Christoph Butterwegge: Fluchtmigration und Armut, Sozialismus 3/2016

Albrecht von Lucke: Der Triumph der AfD, Blätter für deutsche und internationale Politik 3/16

Zum schwierigen Rassismus-Begriff W. F. Haug: Zur Dialektik des Anti-Rassismus, in: Haug: Politisch richtig oder richtig politisch, Hamburg 1999

Slavoj Zizek: Der neue Klassenkampf, Berlin 2015